



Positionierung Agrar- und Gesellschaftspolitik

Wir stehen als Bauernverband zu dem vorhandenen vielfältigen Nebeneinander von Haupt- und Nebenerwerbsbetrieben sowie von Einzelunternehmen, Personengesellschaften, Agrargenossenschaften und weiteren Formen juristischer Personen. Die Entscheidungen zu Betriebsgröße, Bewirtschaftungsform, Produktionsschwerpunkt und Eigentümerstruktur treffen unsere Landwirte als freie Unternehmer im Rahmen der vorhandenen natürlichen Gegebenheiten und von Markterfordernissen. Diese Grundvoraussetzungen der betrieblichen Vielfalt sind für uns auch die Basis bei allen Fragen der Gemeinsamen Agrarpolitik und den sich aus gesellschaftspolitischer Sicht verstärkt ergebenden Verknüpfungen.

Unsere Forderungen und Erwartungen an die Landespolitik:

1. Wir fordern Verbraucherschutz, internationale Handelsabkommen sollen nicht zu Lasten der heimischen Landwirtschaft führen. Der Import von Lebensmitteln soll nur dann erfolgen, wenn EU-Richtlinien in Hinblick auf Produktion und Umweltschutz erfüllt sind. Deshalb sofortige Kennzeichnung von Lebensmitteln, die nicht die EU-Richtlinien erfüllen.
2. Wir fordern, dass sich die Landespolitik auf Bundesebene für einen starken Mittelansatz in der kommenden Förderperiode einsetzt. Dieser muss mindestens bei 1,14 % des BIP liegen, um neue Aufgaben in der EU zu finanzieren, die Einnahmeverluste durch den Brexit zu kompensieren und vor allem die Landwirtschaft in Erster und Zweiter Säule nicht drastisch in den zugewiesenen Mitteln zurückzufahren.
3. Wir erwarten, dass sich die Landesregierung auch deshalb für einen starken europäischen Mittelansatz engagiert, da die gesellschaftlich gewünschten finanziellen Mehrbelastungen der landwirtschaftlichen Produktion in Deutschland durch eben die Gesellschaft auszugleichen sind.
4. Die 1992 eingeführten Direktzahlungen waren der finanzielle Ausgleich für die Entlassung der europäischen Landwirtschaft von einer produktpreisgestützten Landwirtschaft in den Weltmarkt mit, dann ab den 2005er Jahren, komplett entkoppelten Flächenzahlungen. Diese Zahlungen wurden in den letzten 27 Jahren schrittweise abgesenkt und unterlagen auch keinem Inflationsausgleich. Bis heute sind parallel dazu die Kostenstrukturen im weltweiten Maßstab deutlich angestiegen, dieses muss auch von der Landesregierung anerkannt werden und in die Weiterentwicklung der GAP einfließen.
5. Wir erwarten, dass in der gesellschaftspolitischen Diskussion anerkannt wird, dass die Direktzahlungen kein leistungsloses Einkommen sind. Um die Zahlungen zu erhalten, ist ein kompliziertes, sanktionsbewährtes und sehr bürokratisches Regelwerk durch jeden Antragsteller zu beachten. Das Gleiche trifft auf die Debatte um große und kleine Betriebe zu. Wir erwarten eine deutlich progressivere Diskussion darum, welche Betriebsformen in Zukunft die stetig steigenden Anforderungen ideal umsetzen können.
6. Wir fordern das MULE auf, den von den Agrarministern der neuen Länder getroffenen Beschluss aus 2018 hinsichtlich der Weiterentwicklung der GAP weiterzuverfolgen.
7. Die Vorschläge für die kommende Förderperiode der GAP sehen deutlich höhere mögliche Umschichtungshöhen zwischen den Säulen vor. Nicht nur aufgrund der aktuellen wirtschaftlichen Lage der Betriebe fordern wir hier eine Agrarpolitik mit

Augenmaß. An diesen Stellen darf nicht überzogen werden, da sonst Einkommen der Betriebe direkt gekürzt werden, wenn Mittel in die bisher nur den nachteilsbedingten Ausgleich zahlende 2. Säule umgeleitet werden.

8. Wir haben als Bauernverband einen klaren Fokus auf einer 2. Säule, die in Sachsen-Anhalt in der kommenden Förderperiode mindestens zu 50 % landwirtschaftliche Maßnahmen fördern und entschlackt werden muss von Förderprogrammen, die in andere Töpfe gehören.
9. Mit der Frage der Junglandwirteförderung möchte die EU einen stärkeren Fokus auf die Generationenfolge legen. Für die vielfältigen Betriebsformen in unserem Bundesland ist dringlich, dass Nachfolger in Leitungsfunktionen in juristischen Unternehmen nicht länger benachteiligt werden, da auch hier Generationenwechsel stattfindet. Das MULE wird aufgefordert, an der Stelle für Chancengleichheit zu sorgen.
10. Landwirte stellen sich auch der gesellschaftspolitischen Diskussion um die europäischen Mittel. Sie erkennen an, dass diese Mittel wesentlich zur Stabilisierung der Unternehmen beitragen, sie fordern aber auch einen ehrlichen und unbelasteten Dialog hierzu ein. Aufgrund der Marktsituation, der Abhängigkeit der meisten Produkte von Weltmarktpreisen und den finanzpolitischen Abhängigkeiten der Betriebe sind die Direktzahlungen für unsere Unternehmen künftig in mindestens der bisherigen Höhe notwendig und taugen nicht für ideologische Debatten um Größenstrukturen und Pachtpreishöhen.
11. Wir fordern von der Landesregierung eine starke Unterstützung unserer regionalen Landwirtschaft und der etablierten vielfältigen Strukturen. So profan es klingt, aber jeder Euro weniger für landwirtschaftliche Betriebe schwächt diese, den vor- und nachgelagerten Bereich und auch die Kommunen, in denen die Unternehmen betriebliche Steuern entrichten. Alleine deshalb ist für das Land Sachsen-Anhalt starkes Engagement für eine starke Agrarpolitik notwendig.
12. Wir fordern, dass alle Möglichkeiten der Forschung und Wissenschaft und damit auch moderne Züchtungsmethoden konsequent genutzt werden, um den gesellschaftlichen Anforderungen an die Landwirtschaft gerecht werden zu können.

31. Landesbauernverbandstag, Staßfurt, 20. November 2019